



Pressemitteilung der Bürgerinitiative (BI) Grünes St. Magnus
Bremen, den 2.11.2015

Die Stellungnahme unserer BI zum „Standortkonzept 2015“, das der Umweltbetrieb Bremen jüngst, am 13.10.2015 im Burglesumer Beirat vorgestellt hat

Das „Standortkonzept 2015“, das der Umweltbetrieb Bremen (UBB) jüngst im Burglesumer Beirat der Öffentlichkeit vorgestellt hat, lässt bei unserer BI starke Zweifel daran aufkommen, dass hier ein finanziell tragfähiges Konzept für die künftige Grünpflege in der Stadtgemeinde Bremen erstellt wurde.

Der UBB erläuterte, er wolle von 46 Standorten für Grünpflege und Friedhöfe in ganz Bremen 33 aufgeben, 8 Standorte für Grünpflege und 5 für Friedhöfe sollten erhalten bleiben. Dadurch wolle man erhebliche Gelder einsparen. Wir sehen bei diesem Konzept der Standortschließungen erhebliche Neu-Kosten entstehen und fragen uns, ob diese bisher nicht angefallenen Kosten in Gänze erhoben und gegengerechnet wurden.

Beispiel: Die mehrfach zurückgelegten Wege zwischen Arbeitsort und Standort dürften sich schlagartig erhöhen und so dauerhaft Mehrkosten verursachen. Da in dieser Zeit nicht gearbeitet werden kann, wird dieser Aspekt gleich in doppelter, Kosten verursachender Weise zu Buche schlagen. Eine Überschlagsrechnung für die Kosten, die nur durch den Wegfall an Arbeitszeit aufgrund der neuen Wegezeiten entstehen: etwa 450 Gärtner, 200 Arbeitstage, 15€ pro Stunde ergibt $450 \times 200 \times 15\text{€} = 1.350.000\text{€}$ anfallende Neu-Kosten pro Jahr.

Am Beispiel des Standortes im Randgebiet des Knoops Park an der Billungstraße wird zudem deutlich, dass bei diesem „Konzept“ offenbar noch ganz andere Ziele verfolgt werden.

Dazu muss man etwas zurückblicken.

Bis Ende 2005 hatte das Bauamt Bremen-Nord (BBN) eine eigene Abteilung zur Grünpflege, diese Abteilung Gartenbauamt war ein organisatorischer Bestandteil des BBN. Der Senat setzte 2004/2005 alle Ressorts unter den enormen Einspardruck von jährlich 5,6%, das BBN konnte diese Quote nicht erfüllen (siehe Anhang 1, Seite 1).

2006 wurde die Grünpflege aus dem BBN per Senats- und Bürgerschaftsbeschluss ausgegliedert und in den Eigenbetrieb „Stadtgrün“ integriert¹ (siehe Anhang 2).

Was bedeutete dies für den Standort Billungstraße? Im Parkrandgelände des Knoops Park an der Billungstraße unterhielt das Gartenbauamt jahrzehntelang eine „Stadtgärtnerei“, eine „Fläche für Betrieb, Unterhaltung und Sicherung der öffentlichen Grünanlagen“ (siehe Anhang 3, Seite 3). Der Eigenbetrieb „Stadtgrün“ war ab 2006 mit der von ihm übernommenen „Stadtgärtnerei“ nun auch weiterhin lediglich Gast auf dieser Fläche mit der vorgeschriebenen Nutzungs-Funktion „Grünfläche, Parkanlage“ (siehe Anhang 3, Seite 2).

2008 wurde dann vom Senat durch die Bau-Umwelt-Deputation beschlossen, den Bebauungsplan (Bplan) 1274 aufzustellen, mit dem Ziel eine „Verwertung der öffentlichen Grundstücke vorzubereiten“. „Stadtgrün“ seien dazu „Betriebshof und zugehörige Flächen“ als „Anlagen“ „übertragen“ worden (siehe Anhang 3, Seiten 3 und 1).

Unaufrichtig daran ist, dass die „Übertragung“ dieser „Anlagen“ bzw. Flächen nicht eine dauerhafte Nutzung des Geländes durch „Stadtgrün“ bzw. den Folge-Eigenbetrieb UBB²

¹ Die Bürgerschaft stimmte dem Senatsantrag (Anhang 2) einstimmig zu, siehe Plenarprotokoll der 27. Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 13.12.05, Seite 1124, auffindbar unter www.bremische-buergerschaft.de, >Dokumentensuche

garantieren sollte, sondern die Übertragung einzig und allein zu dem Zweck stattfand, Stadtgrün/UBB für diese Flächen faktisch ein Verwertungsrecht einzuräumen, um anfallende Verlustvorträge für Personalkosten decken zu können, wie wir am 13.10.2015 im Beirat Burglesum vom Vertreter des UBB haben erfahren müssen. Seinen Erläuterungen konnten wir entnehmen, dass mit dem Verkauf der Grünflächen an der Billungstraße ein Verlustvortrag von 1.700.000 € gedeckt werden soll.

Im Klartext ist also das BBN in den Jahren 2004/2005 vom Senat dazu gezwungen worden, ab 2006 der Allgemeinheit eine Fläche zu entziehen, die im Dienste der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit jahrzehntelang bewirtschaftet wurde. Damit einhergehen sollte der Verlust eines Raumes, den man in naheliegender und begründeter Weise auch einer öffentlichen Nutzung hätte zuführen können, worauf das vom Senator für Umwelt beauftragte Müller-Glaßl-Gutachten 2005/2006 hinwies³. Beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gingen im Rahmen des „Grün- und Freiraumkonzeptes Bremen“ sogar 2008 die Planungen noch in diese Richtung: Den Flächen an der Billungstraße und am Raschenkampsweg wird die Nutzung „Soziale und kulturelle Einrichtungen mit größeren Grün- und Freiflächen“ zugedacht (siehe Anhang 4) – was zumindest mit der Schaffung des Kulturhofs Kränholm mittlerweile verwirklicht wurde. Im Koalitionsvertrag von 2007 bekennt sich Rot-Grün zu den Zielen dieses Grün- und Freiraumkonzeptes, dort heißt es (siehe Anhang 5, Seite 29):

„Der Reichtum der Stadt Bremen an Parks, Grünflächen und Kleingärten, freier Landschaft und natürlichen Biotopen ist ein wichtiger Standortfaktor für Bremen als lebenswerte Stadt. Diesen Standortvorteil planerisch zu entwickeln und zu schützen wird deshalb ein Arbeitsschwerpunkt der Umweltpolitik sein. Das bestehende Grün- und Freiraumkonzept ist im Interesse der Verbesserung der Naherholungsmöglichkeiten Bremer Bürger und Bürgerinnen weiter zu entwickeln.“

Fazit: Für unsere BI stellt das nun bekannt gewordenen Vorgehen von Senat und Behörden in mehrfacher Hinsicht einen fragwürdigen Vorgang dar, was ein völlig neues Licht auf die Diskussion um die Billungstraße wirft.

Die Integration der Grünpflege-Abteilung des BBN in „Stadtgrün“ und die Aufstellung des Bebauungsplanes 1274 erscheinen uns in der Rückschau nur wie Ablenkungsmanöver von einer senatorischen Planungspraxis, die in unseriöser und vorfestlegender Weise mit Verlustvorträgen arbeitet und dazu bereit ist, laufende Personalkosten durch einmalige Flächenverkäufe zu erwirtschaften und zwar von Flächen, die sich im Besitz der Allgemeinheit befinden und über deren Nutzung es mitnichten einen gesellschaftlichen oder innerbehördlichen Konsenz gibt; wir erinnern an dieser Stelle noch einmal an 3000 Bremen-Norder Unterzeichner, die sich gegen die jetztige angedachte massive Bebauung am Knoops Park ausgesprochen haben und ergebnisoffene Planungskonferenzen einfordern.

An den Willen von Senat und Behörde, das vorgegebene Planungsziel im Bebauungsplan 1274 einer „Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Parkanlage Knoops Park“ umzusetzen (siehe Anhang 3, Seite 3), können wir aufgrund der nun bekannt gewordenen Vorgänge weniger denn je glauben. Vielmehr sehen wir uns in unserer Annahme bestätigt, dass der nördliche Knoops Park weiter verkauft und aufgesiedelt werden soll. Dabei würde auch das im Bplan 1274 formulierte Planungs-Ziel der „Sicherung und Entwicklung von übergeordneten öffentlichen Wegeverbindungen“ (siehe Anhang 3, Seite 3) auf der Strecke bleiben; einen Willen zur Umsetzung dieses Planungszieles konnten wir bereits in den

² Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde aus Stadtgrün Bremen und den Bremer Entsorgungsbetrieben der neue Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen gebildet.

³ Siehe: www.gruenes-sankt-magnus.de, >Dokumente, 1., z. B. die Seiten 29, 30, 45

Sitzungen des „Nichtständigen Ausschusses“ nicht wahrnehmen⁴. Man fragt sich: Was wird geschehen, wenn die Erkenntnis einsetzt, dass die Grünpflege in Bremen mit dem „Standortkonzept 2015“ des UBB nicht dauerhaft gewährleistet werden kann? Deuten Politiker dann mit ausgestrecktem Finger in banaler Weise auf die Vorgänger-Regierung?

Die weiteren Handlungen der damals aktiven und bis heute tätigen Akteure Christof Steuer (ehemals Leiter des BBN, als solcher Teilnehmer der Bau-Deputations-Sitzung vom 22.5.2008, in der die Aufstellung des Bplan 1274 beschlossen wurde, heute ist Steuer Vorsitzender des Fördervereins Knoops Park) und Dr. Maike Schaefer (Teilnehmerin der Bau-Deputations-Sitzung vom 22.5.2008, heute ist Schaefer Mitglied im Betriebsausschuss des UBB)⁵ werden wir weiterhin kritisch beobachten.

Unsere BI sieht sich angesichts der neuen Erkenntnisse in ihrem Willen bestärkt, zusammen mit anderen Bremer Bürgerinitiativen das gemeinsame Volksbegehren „Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Flächen“ ins Leben zu rufen, welches nach rechtlichen Bedenken des Senats zur Zeit für einen neuen Anlauf überarbeitet wird.⁶

Die Sprecher der Initiative

Olaf Brandtstaedter	Dr. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10	Billungstr. 16
28215 Bremen	28759 Bremen

Anhänge bzw. Belege:

Anhang 1: Kleine Senats-Anfrage von B90/Die Grünen zur Perspektive des Bauamtes Bremen-Nord vom 11.3.2005 mit Senatsantwort vom 5.4.2005 (= Drucksache 16/309S)

Anhang 2 : Senatsmitteilung vom 29.11.2005 zu einem Ortsgesetz über Stadtgrün (= Drucksache 16/427 S)

Anhang 3: Deputationsvorlage vom 25. April 2008 zum Bebauungsplan 1274 (=Vorlage Nr: 17/111 (S))

Anhang 4: Karte des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr „Grün- und Freiraumkonzept Bremen“, Gruenes Netz Burglesum, Januar 2008

Anhang 5: Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Legislaturperiode 2007 bis 2011, Bremen 2007

⁴ Siehe die aktualisierte Stellungnahme unserer BI vom 22.9.2014 zu diesem Ausschuss unter: www.ortsamt-burglesum.bremen.de, >Protokolle, >Protokolle des XVIII. Beirates, >Nichtständiger Ausschuss zur Gestaltung der vorgesehenen Fläche für Freizeit- und Erholungsnutzung im Bebauungsplan 1274, >Anlage 1 zum Protokoll vom 22.9.2014

⁵ Dass Schaefer und Steuer beide Teilnehmer der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22.5.2008 waren, kann man folgender Quelle entnehmen:

www.gruenes-sankt-magnus.de, >Dokumente, 4., >Komplettes Ergebnisprotokoll zur Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22.5.2008, Seiten 1 und 2

Einen Hinweis auf Frau Dr. Schaefers Mitgliedschaft im Betriebsausschuss des UBB kann man ihrem Profil unter www.bremische-buergerschaft.de entnehmen.

⁶ Siehe www.initiativen-fuer-bremen.de, unter >Presse finden Sie unsere neuesten Pressemitteilungen